

Mil.g. 368 ⁵

Emil Held 10

Abth.

Nr.

Stehendes Heer

oder

Volkswehr?

Rede von August Bebel

zur gegenwärtigen Militärvorlage,

gehalten in der Reichstags Sitzung vom 13. Dezember 1892.

(Amtlicher stenographischer Bericht.)

<36636584430010

<36636584430010

Bayer. Staatsbibliothek

Nürnberg 1893.

Druck und Verlag von Wörlein & Comp.

45128851

Mit. 2. 1914

Abgeordneter **Sebel**: Meine Herren, ich habe keine Veranlassung, im Allgemeinen auf die sehr ausführliche, aber sich doch sehr in militärische Details verlaufenden Ausführungen des Herrn Reichskanzlers, die wir soeben gehört haben, zu antworten. Die großen allgemeinen Gesichtspunkte, die er rühmend an dem Herrn Vorredner hervorhob, habe ich in seinen gegenwärtigen Ausführungen vermisst; wenn ich dennoch mit ein paar Worten auf seine Rede zurückkomme, so geschieht es nur mit Rücksicht auf die Schlusssätze, die er hauptsächlich an meine Parteigenossen gerichtet hatte.

Der Herr Reichskanzler hat, wenn ich ihn richtig verstanden habe, mit großer Genugthuung hervorgehoben, daß er in seiner militärischen Praxis gefunden habe, daß auch die Socialdemokraten, soweit sie unter ihm gedient, mit voller Lust ihren militärischen Verpflichtungen obgelegen haben. Meine Herren, das wundern mich gar nicht, und das beweist nur, daß die Meinungen, welche die Herren von der Rechten sowohl, wie namentlich auch die Herren von der Regierung von der Thätigkeit und Stellung der Socialdemokratie an und für sich dem Militär gegenüber haben, durchaus falsche sind. Ich glaube sogar, daß die Bereitwilligkeit, mit der meine Parteigenossen sich der vorschrittsmäßigen militärischen Disziplin gefügt haben, ein ganz wesentlicher Erfolg der Disziplin ist, die wir in unserem politischen Leben als Parteigenossen gegenseitig auszuüben pflegen.

(Heiterkeit.)

Es kann also meinerwegen in gewissem Sinne der Herr Reichskanzler daraus schließen, daß selbst die heutige Socialdemokratie eine Art von Vorstufe für den Militarismus ist.

(Heiterkeit.)

Ich will aber weiter dem Herrn Reichskanzler gegenüber bemerken: wir sind nicht diejenigen, die etwa den Standpunkt vertreten, daß unter den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen es überhaupt keine Soldaten, keine Vaterlandsverteidiger geben soll; genau das Gegenteil ist der Fall: wir stehen — und in dieser Beziehung unterscheiden wir uns scharf und prinzipiell nicht allein von allen übrigen Parteien des Hauses, sondern auch von dem Standpunkte der Regierung — auf dem Boden, daß Jeder Soldat werden soll, daß Jedem, der die physischen Kräfte dazu hat, die Verpflichtung obliegt, Verteidiger des Vaterlandes zu werden. Wir wollen also in Wahrheit durchgeführt wissen, was die gegenwärtige Regierungsvorlage angeblich anstrebt, aber nur zum Theil durchführt; selbst wenn Sie die Vorlage durchbrächten, dann wird das nicht erreicht, was die Vorlage erreichen will.

oder soll. — Doch es wird Gegenstand meiner weiteren Ausführungen sein, das dem Herrn Reichskanzler des Weiteren darzulegen.

Zunächst bin ich genöthigt, auf einige Bemerkungen der Vorredner näher einzugehen. Der Herr Abgeordnete von Bennigsen war es, der im Eingang seiner Rede sehr lebhaft dagegen polemisirte, daß die ungenauen Nachrichten, welche in der ersten Hälfte dieses Jahres über die uns jetzt vorliegende Militärvorlage in die Oeffentlichkeit drangen, die Ursache gewesen seien, daß eine Anzahl von politischen Personen und namentlich auch Parteien, die den Bestrebungen, wie sie die Vorlage enthalte, gegnerisch gegenüberstanden, zu Verdächtigungen Gelegenheit gehabt hätten. Ich weise diese Anschuldigungen, als wenn meine Partei — und sie war es in erster Linie, die im Vordergrund der Opposition gestanden hatte — sich dazu herbeigelassen hätte, zu verdächtigen, entschieden zurück. Wenn wir uns gegen die Gesetzesvorlage erklärten, so geschah es aus voller Ueberzeugung; und wenn die damals in die Oeffentlichkeit gekommenen Nachrichten falsch waren, dann sind sie nicht von der Socialdemokratie in die Oeffentlichkeit lancirt worden, sondern von Organen, von denen man glaubte annehmen zu müssen, daß sie genau unterrichtet seien. Der Abgeordnete von Bennigsen ist wohl kaum in der Lage, die Genefis dieser Vorlage genau zu kennen; wäre er es, dann bedauere ich, daß er nicht davon Gebrauch gemacht hat, uns in seiner Rede davon Mittheilung zu machen.

Wir wissen nicht, welcher Art die Pläne waren, die vom ersten Augenblick an, als es sich darum handelte, dem Reichstage eine Vorlage zu machen, im Schooße der verbündeten Regierungen vorhanden gewesen sind. Wenn wir nach dem schließen sollen, was uns von dem Herrn Reichskanzler vor einigen Tagen mitgetheilt wurde, daß schon vor drei oder vier Jahren unter dem Fürsten Bismarck Pläne bestanden, eine Militärvorlage ähnlich wie die gegenwärtige einzubringen, die aber physisch und finanziell ganz bedeutend höhere Anforderungen stellte als die gegenwärtige, — dann kann sehr wohl die Möglichkeit bestanden haben, daß die Zahlen, die im Laufe des Frühjahr in die Oeffentlichkeit drangen und die sich zunächst auf 93 Millionen Mark, die erfordert wurden, beliefen, vollkommen der Wahrheit entsprachen. Aber die allgemeine, man kann sagen einmüthige Opposition, die in der Presse aller Parteien und innerhalb dieser Parteien selbst gegen diese neuen Pläne laut wurde, hat wahrscheinlich erst die Reichsregierung veranlaßt, sich noch einmal genau zu überlegen, ob sie es wagen könnte, mit einer solchen Vorlage zu kommen. Und das Endergebnis dieser Erwägungen dürfte gewesen sein, daß, nachdem sie auch erkannt hatte, daß die neuen Steuern für eine solche Vorlage nicht mit der Leichtigkeit, wie sie geglaubt hatte, aufzubringen seien, sie sich entschloß, uns eine abgeschwächte Vorlage, wie die gegenwärtige ist, zu machen.

Wenn nun heute Jemand über das Schicksal der Militärvorlage sich ein klares Urtheil bilden wollte, so wäre er nach den bis jetzt gehörten Rednern dazu außer Stande. Der Herr Abgeordnete von Bennigsen hat allerdings mit großen, begeisterten Worten auf die Vorzüge hingewiesen, die nach seiner Meinung diese Vorlage enthielte. Er hat hingewiesen auf den großen Werth der zweijährigen Dienstzeit, die künftighin für die Fußtruppen wenigstens allgemein eingeführt werden

sollte; er hat ferner mit begeisterten Worten hingewiesen auf die Vortheile, die es habe, wenn in einem neuen Kriege durch die Verjüngung der Armee, wie sie beabsichtigt sei, zunächst die jüngeren Leute und erst später, wenn es nicht mehr anders gehe, die älteren Leute, die Landwehrlaute vor den Feind geführt würden; kurz, er hat nach jeder Richtung den Grundzügen der Vorlage ein solches Lob gesungen, daß ich schließlich ganz verblüfft und überrascht war, zu hören, daß er eigentlich nicht geneigt sei, der Vorlage in vollem Umfange zuzustimmen, sondern daß es sich für ihn nur darum handeln könne, derselben bis zu einer gewissen Grenze die Zustimmung zu geben. Nach dem großen Lob, das er über die Vortheile dieser Vorlage hier aussprach, wäre eigentlich die logische Konsequenz gewesen, der ganzen Vorlage zuzustimmen. Denn, tritt das alles durch die Vorlage ein, was Herr von Bennigsen anerkannte, die großartige Verjüngung der Armee, die günstigen Verhältnisse, die für Deutschland in einem nicht in weiter Ferne liegenden, sondern vielleicht in wenigen Jahren ihm bevorstehenden Kriege erwachsen sollen, dann müßte er voll und ganz und nicht stückweise die Vorlage annehmen, der vorausgesagte Erfolg bliebe sonst aus.

Herr von Bennigsen hat es klug vermieden, anzugeben, wie weit er und seine Freunde geneigt wären, mit der Regierung ein Compromiß abzuschließen. Wir wissen aber von früheren Gelegenheiten aller Art her, daß es zum Compromiß kommen, und daß das ein solches Entgegenkommen der Regierung gegenüber sein wird, daß auch die letztere ein menschliches Nützen empfinden und von ihrem Standpunkt nachgeben wird. Sie werden alsdann beide als ein Herz und eine Seele sich in den Armen liegen und gegenseitig zufrieden sein.

(Heiterkeit.)

Es ist ferner im Reichstag wie in der Presse vielfach gestritten worden über die Bedeutung, welche der Rede des Wortführers vom Centrum am letzten Samstag zu geben sei. Während die Einen behaupten, nach der Erklärung des Herrn Freiherrn von Huene, die er im Namen seiner Parteigenossen hier abgegeben hat, sei die Vorlage als gefallen zu erachten, weil diejenigen Conzessionen, die er machte, der Regierung nicht genügten, sind Andere anderer Meinung. Ich gestehe zu, daß auch ich dem ersten Theil der Rede des Abgeordneten Freiherrn von Huene eine solche Bedeutung beilegte, daß auch ich meinte: das Centrum wird sich unter keinen Umständen zu mehr als dazu herbeilassen, dasjenige Mehr von Rekruten zu bewilligen, das nothwendig ist, um bei der zweijährigen Dienstzeit die gegenwärtige Präsenziffer aufrecht zu erhalten.

Der zweite Theil der Rede des Herrn Freiherrn von Huene klang allerdings etwas anders. Ich habe ihn erst in dem Bericht der Zeitungen nachgelesen. Es war darin davon gesprochen, daß er und seine Parteigenossen sehr geneigt wären, sich mit der Regierung zu verständigen. Es war insbesondere — und dieser Satz hat einen tieferen Eindruck auf mich gemacht — darin ausgesprochen, daß man es in der Oeffentlichkeit gar nicht begreifen könnte, warum die Regierung auf einmal die ganze Forderung, die sie haben wolle, stelle. Das ließ durchblicken, man sei bereit, in einzelnen Raten auch weiter zu gehen, als gegenwärtig möglich sei. Kurz, ich nehme an, daß einmal

und von vornherein für die 25,000 Rekruten, die zur Beibehaltung der gegenwärtigen Präsenziffer bei Einführung der zweijährigen Dienstzeit notwendig sind, gestellt werden. Ich irre aber wohl auch nicht, wenn ich annehme, daß weiter für die 18,000 Ersatzreservisten, die nach dieser Vorlage bis auf einen kleinen Rest künftig verschwinden sollen, das Centrum bereit ist, Ersatz zu leisten. Und da außerdem Herr von Huene nach seinen Ausführungen über die Vorlage in Bezug auf die Windthorst'schen Resolutionen ein sehr großes Entgegenkommen seitens der Reichsregierung fand, so würde ich es von ihm und von seinen Freunden, die mit ihm übereinstimmen, sehr undankbar finden, wenn sie in Rücksicht auf dieses große Entgegenkommen nicht bereit wären, weiter einige Tausend Mann zu bewilligen, so daß es schließlich darauf hinauskommt, was ich von Anfang an angenommen habe: man wird sich auf die größere Hälfte dessen, was die Regierung verlangt, verständigen. Die andere Hälfte wird dann später nachfolgen. Das, meine Herren, ist die Auffassung, die ich über die Aussichten der Vorlage habe.

Von allen Rednern, die bisher zur Militärvorlage gesprochen haben, war bisher nur einer — es war der Abgeordnete Freiherr von Stumm —, der sich klar und nett dahin aussprach, daß er und seine Freunde bereit seien, von einigen Kleinigkeiten abgesehen, der Regierungsvorlage voll und ganz zuzustimmen.

Wenn es sich nun darum handelte, die Nothwendigkeit und Bedeutung der Vorlage zu beurtheilen, dann erscheint es mir doch nothwendig, daß in weit höherem Maße, als dies bei der Mehrzahl der Redner der Fall war, hierbei weniger die militärtechnischen und die finanzpolitischen Gesichtspunkte, als die rein politischen in Frage kommen. Die Armee ist ja nicht etwa Zweck, sie ist Mittel zum Zweck. Die Armee soll die Aufgabe haben, die Integrität und die Rechtstellung Deutschlands nach außen hin unter allen Umständen wahren und vertheiligen zu können. Daß also die Macht und die Bedeutung der Armee abhängig gemacht werden muß von der politischen Situation, in der sie gegebenen Falls einmal in Aktivität zu treten hat, ist wohl selbstverständlich und unterliegt keinem Zweifel.

Es sind nun insbesondere die Abgeordneten Freiherr von Stumm und von Bennigsen gewesen, die in der heutigen Debatte auf die politischen Gesichtspunkte, die für die Vorlage in Betracht zu ziehen seien, hingewiesen haben. Sie sind dabei allerdings in der einseitigsten Weise verfahren, sie haben ihre Aufmerksamkeit nur nach der einen Seite, nach Frankreich hin, gerichtet. Herr von Bennigsen hat dann, anknüpfend an die politischen Erörterungen über die äußere Stellung Deutschlands, besonders auch den Zuständen und Einrichtungen ein hohes Lob gezollt, die in Folge der Einheit Deutschlands, die als Frucht des deutsch-französischen Krieges angesehen werden mußte, das deutsche Volk zu gemessen gehabt habe. Er versteht es ja mehr als irgend ein anderer Redner im Hause, wenn es sich darum handelt, die Dinge schön zu färben und die schwarzen Flecken zu vertuschen, die Sache so darzustellen, daß alles glänzend und lieblich anzusehen ist. (Heiterkeit links.)

Herr von Bennigsen hat aber bei seiner Schilderung ganz und gar vergessen, daß auch in der inneren Entwicklung Deutschlands

innerhalb dieser 20 Jahre gar böse schwarze Flecken enthalten sind. Er hat vergessen, zu erinnern an den Kulturkampf, der die deutsche Nation zerrissen hat, und der wesentlich mit sein Werk und das Werk seiner Freunde war.

(Sehr gut! im Centrum.)

Er hat vergessen, an den großen Krach von 1874 zu erinnern, den die Gründerzeit über Deutschland heraufbeschworen hat. Er hat ferner vergessen, zu erinnern an das Socialistengesetz, welches zwölf Jahre auf unserer Partei lastete und welches auch heute noch mit seiner und seiner Freunde Zustimmung auf uns lasten würde, wenn er und seine Freunde das entscheidende Wort im Reichstag zu sprechen gehabt hätten.

(Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.)

Herr von Bennigsen und seine Freunde sind es endlich gewesen, die seit 1879 dem Volke die enormen Lasten auferlegt haben, die durch die neue Zoll- und Steuerpolitik aufgebracht werden mußten, um in der Hauptsache immer wieder zu neuen militärischen Rüstungen verwendet zu werden.

Ich bin der Meinung, daß Deutschland, so sehr seine politische Einheit eine Nothwendigkeit war — das erkennen alle Parteien an —, seit dem Kriege von 1870/71 keine Veranlassung hat, mit besonderer Gemüthung weder auf seine innere Entwicklung, noch auf seine äußere Nachstellung zu blicken.

Wie in der inneren Entwicklung nach dem von mir Gesagten es eine Menge schwarzer Punkte gegeben hat und noch gibt, so ist es auch mit der äußeren Nachstellung. Gewiß haben die Ereignisse von 1870/71 die Nachstellung Deutschlands nach außen gewaltig gesteigert, aber sie haben auch gleichzeitig diese seine Stellung nach außen zu einer so von Gefahren bedrohten gemacht, daß Sie seit zwanzig Jahren fortgesetzt und in immer erhöhtem Grade nur daran haben denken müssen, wie Sie die Steuerkraft wie die physische Kraft der Nation zu stets neuen militärischen Rüstungen anspannen könnten, um gegenüber den Bedrohungen durch andere Nationen genügend gerüstet zu sein. Daß das etwa ein besonders befriedigender Zustand wäre, wird mir Herr von Bennigsen bei genauerer Ueberlegung doch wohl kaum zugeben.

Ich habe früher mit Nachdruck — und auch andere meiner Freunde haben darauf aufmerksam gemacht, daß es höchst bedauerlich sei, daß durch den Krieg von 1870/71 wir in tödtliche Feindschaft mit Frankreich gerathen sind, und daß diese tödtliche Feindschaft zu Frankreich die Haupt- und Grundursache der gegenwärtigen Situation in Europa ist, die fortgesetzt zu diesen enormen militärischen Rüstungen zwingt. Ich habe schon öfter ausgesprochen und wiederhole es, daß es ein Glück für Deutschland und für ganz Europa gewesen wäre, wenn die deutschen Heerführer von 1870/71 und die ausschlaggebenden Personen damals sich dazu hätten entschließen können, von der Annexion von Elsaß-Lothringen abzusehen und nach Sedan Frieden zu schließen.

(Bewegung.)

Kein Zweifel, daß erst die Annexion von Elsaß-Lothringen demjenigen Stein des Anstoßes gegeben hat, der die gegenwärtige Situation in Europa verschuldet und der — das betone ich auch jetzt — die gegen-

wärtige Stellung Deutschlands so unerquicklich und gefährdend macht. Meine Herren, durch dieses Ereigniß ist Deutschland in die Lage gekommen, dauernd damit rechnen zu müssen, daß es sich in einem zukünftigen Kriege nicht bloß mit den Hebanegelüsten Frankreichs, sondern auch mit den Eroberungsgelüsten Rußlands abzufinden hat — Der Herr Abgeordnete Freiherr von Stumm hat vorhin gemeint, meine Freunde — er hat namentlich den Kollegen Liebknecht genannt — seien diejenigen, die bereit seien, jederzeit Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückzugeben. Meine Herren, wir haben nie gesagt, daß es sich um eine glatte Rückgabe von Elsaß-Lothringen an Frankreich handle; wir haben aber stets bekräftigt, daß es eine Nothwendigkeit und im Interesse Deutschlands und ganz Europas gelegen sei, unter allen Umständen eine Verständigung mit Frankreich herbeizuführen, daß dies die Cardinalfrage sei, von der die Stellung Deutschlands zu den übrigen Mächten bestimmt werde. Daß das nicht gewollt wird, wissen wir ja, und weil es nicht gewollt wird, müssen leider alle die Consequenzen getragen werden, die aus dieser Situation bis heute erwachsen sind.

Der Fürst Bismarck hat sich selbst gar nicht die schwerwiegenden Bedenken verhehlt und sie theilweise offen zugegeben, welche die Annexion von Elsaß-Lothringen für die ganze Entwicklung Deutschlands und Europas zur Folge haben mußte. Er hatte wohl erkannt und soweit es in seinen Kräften lag, sich bemüht, Alles aufzubieten, um zu verhüten, daß eine Coalition zwischen Rußland und Frankreich zu Stande käme, die Deutschland nöthigte, einmal gegen zwei Fronten zugleich Krieg führen zu müssen. Was in den Kräften des Fürsten Bismarck stand, hat er aufgeboten, um Rußland zu versöhnen. Sie wissen, welche Stellung er auf dem Berliner Congress einnahm; Sie wissen, wie das Wort Gortschakoffs fiel: Fürst Bismarck ist russischer als die Russen —; Sie wissen, welche Stellung er im Gegensatz zur einmüthigen, kann man sagen, Meinung Deutschlands in der bulgarischen Frage eingenommen hat, kurz, wie er Alles aufbot, Rußland freundlich zu stimmen und zu verhüten, daß die angeführte Coalition zu Stande käme. Er hat das Dreikaiserbündniß ins Leben gerufen, das von der ersten Stunde seines Entstehens an eine Fehlgeburt war, ein Bündniß, das an den inneren Widersprüchen und an dem Interessengegensatz der Betheiligten zu Grunde gehen mußte. Und erst als alle diese Versuche kläglich mißglückten, konnte er sich nicht mehr der Ueberzeugung verschließen, daß mit Rußland unter keinen Umständen ein freundliches Verhältniß herzustellen sei; und da ging er dazu über, den Dreibund in's Leben zu rufen, der nach der Gemeinsamkeit der Interessen der drei betheiligten Mächte die selbstverständliche Folge der allgemeinen politischen Situation in Europa war. Aber meine Herren, von diesem Augenblicke an hieß es auch, in immer steigenderem Maße darauf bedacht zu sein, die militärische Ausrüstung Deutschlands in einem fort zu erhöhen, um der von zwei Seiten drohenden Gefahr unter allen Umständen gewachsen zu sein.

Es ist wahr: Deutschland hat an Oesterreich und Italien zwei Bundesgenossen, deren militärische Kraft keineswegs zu misachten ist, aber auf der anderen Seite ist es ebenso wahr, daß die finanzpolitischen Verhältnisse in diesen beiden Staaten solche sind, daß beide nicht

daran denken können, in dem Tempo ihre Rüstungen zu vervollständigen und zu erhöhen, wie es bis dato in Deutschland der Fall war. Wir sehen ja, wie die gegenwärtige Militärvorlage besonders von der österreichischen Presse mit großem Jubel begrüßt wurde, und zwar von der österreichischen Presse fast aller Parteien, sogar in der liberalen, die ihren Freunden in Deutschland den lebhaftesten Vortwurf macht, daß sie sich ablehnend gegen die Vorlage verhalten. Das ist vom Standpunkt der Oesterreicher ganz erklärlich. Sie begreifen vollkommen, daß, je mehr Deutschland rüstet, je mehr Deutschland die Lasten, die ein künftiger europäischer Krieg, um ihn mit Glück bestehen zu können, erfordert, auf seine Schultern nimmt, sie desto mehr in der Lage sind, die eigenen Kräfte schonen zu können.

Nun ist auch unbestritten, daß die Leistungsfähigkeit von Italien und Oesterreich-Ungarn nicht entfernt an diejenige von Deutschland heranreicht, und daß ferner die politische Lage Deutschlands eine solche ist, daß es in ganz besonderem Grade einem Zusammenstoß der europäischen Mächte durch die Coalition von Rußland und Frankreich ausgesetzt ist. Was ist denn — und das muß als besonders entscheidend für unsere Stellung in der politischen Lage Europa's in Betracht gezogen werden — was ist denn unter den gegenwärtigen Verhältnissen das natürliche Bestreben Rußlands? Man spricht immer von Frankreich, von der Revanchelust in Frankreich, von dem Bestreben der Franzosen, Elsaß-Lothringen wiederzubekommen. Gewiß ist dieses Bestreben vorhanden. Auf der anderen Seite darf aber auch nicht bestritten werden, daß ein erheblicher Theil des französischen Volks von diesen Bestrebungen nichts wissen will. So hat insbesondere Präsident Carnot vor einigen Monaten in einer Rede in Poitiers nachdrücklich die Friedensmission der französischen Republik betont, eine Rede, die zu meiner großen Verwunderung in der deutschen Presse nahezu todgeschwiegen wurde. Aber in Frankreich glaubt man — nach meiner Ueberzeugung mit großem Unrecht, und was an mir und meinen Freunden war, haben wir gethan, um diese Meinung zu zerstreuen —, daß Deutschland nur auf den Augenblick warte, um abermals über Frankreich herzufallen und es vollständig zu vernichten. Und ganz wesentlich haben Vorgänge, wie der bekannte „Krieg-in-Sicht-Artikel“ aus dem Jahre 1875 und ähnliche Vorgänge später, diesen Glauben in den Franzosen genährt. Dieser Glaube ist sicher ein vollständig irrthümlicher; sie sind aber überzeugt, daß sie in der gegenwärtigen Lage Europas fortgesetzt in hohem Grade sich rüsten müssen, und sie sehen aus der Stellung, in die Deutschland zu Rußland gerathen ist, die Möglichkeit, auch eines Tages die verlorenen Provinzen wieder zu erlangen. Daher die Anstrengungen, die Frankreich in gesteigertem Maße für seine Rüstungen bis jetzt gemacht hat.

Nun stehen aber andererseits die Dinge so, daß Rußland in dem ganzen Verlauf seiner politischen Entwicklung seit hundert Jahren nie so nahe daran war, sein ganzes Programm in Bezug auf Westeuropa ausführen zu können wie im gegenwärtigen Augenblick. Wenn der europäische Krieg ausbricht, dann ist Rußland, im Falle eines Sieges der beiden Mächte, Frankreich und Rußland, nicht allein in der Lage, seine alten Pläne in Bezug auf Konstantinopel, in Bezug auf die Türkei, das Schwarze

und das Mittelmeer zu verwirklichen, sondern es ist auch in der Lage, seine bisher sorgsam geheim gehaltenen Pläne in Bezug auf Deutschland, d. h. auf seine Ostseeprovinzen, durchzuführen zu können. Der Verlust der Nordostprovinzen steht für Deutschland in einem unglücklichen Kriege auf dem Spiel; darüber ist gar kein Zweifel. Herr von Caprivi hat in seiner Rede vom 23. November insbesondere auf die eigenthümliche geographische Configuration aufmerksam gemacht, die das Gouvernament Warschau einnimmt, indem es als ein großer Keil zwischen Oesterreich und Deutschland sich hineinschiebt. Sehen Sie sich die Karte an, namentlich die Karte des europäischen Rußlands, und Sie werden begreifen, daß ein Land von dieser ungeheuren Ausdehnung, dieser Entwicklungsfähigkeit, ausgestattet mit allen den riesigen Hülfsmitteln, die bei einer vernünftigen und ordentlichen Verwaltung es mit zum reichsten Volke der Welt machen würden — ich sage, daß dieses Land für seine politische, sociale und nationalökonomische Entwicklung nothwendig auf das Schwarze Meer, das Mittelmeer und andererseits auf die Ostsee angewiesen ist. Und daß Rußland seinen Zweck, scharf im Auge habend, verfolgt, beweist weiter die Stellung, die es seit Jahren Dänemark gegenüber eingenommen hat, und die Wichtigkeit, die es dem kleinen Staate Dänemark in Bezug auf Beherrschung des Zuganges zur Ostsee beweist. In Deutschland hat man — das soll nicht verkannt werden — diesen Umstand wohl zu würdigen verstanden, und die Durchstechung Holstetns zum Zwecke der Erbauung des Nordostseecanals ist nur die Folge dieser Einsicht gewesen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf einen Punkt aufmerksam machen, der offenbar von dem Herrn Reichskanzler vergessen wurde, als er am Samstag mit so viel Selbstgefühl von dem Werthe der militärischen Autoritäten sprach. Es ist auch bei den militärischen Autoritäten nicht immer jene Befähigung und jenes Wissen von dem, was nothwendig ist für die militärische Machtstellung vorhanden, was er glaubte, am Samstag, namentlich dem Abgeordneten Richter gegenüber mit Nachdruck hervorheben zu müssen. Wer war es denn, der diesem für die ganze politisch-militärische Entwicklung Deutschlands nothwendigen Kanal in der entschiedensten Weise entgegentrat? Der berühmte Generalfeldmarschall Graf Moltke! Und wer war es, der bereits 1849, als zum ersten Male der Conflict zwischen Deutschland und Dänemark wegen Schleswig-Holstein ausbrach, die Nothwendigkeit dieses Kanals vom politischen und militärischen Gesichtspunkt aus betonte? Niemand anders als Karl Marx und Friedrich Engels, zwei Socialdemokraten! Diese haben schon damals, als in Deutschland noch kein Mensch an ein solches Unternehmen dachte, darauf hingewiesen, wie die künftige Entwicklung Deutschlands Rußland und Dänemark gegenüber die Erbauung dieses Kanals zur Nothwendigkeit machte.

Das, meine Herren, ist mit kurzen Worten gesagt, die allgemeine Situation, in der sich Deutschland befindet. Ich bin überzeugt davon, es ist gar nicht anders möglich, daß man auch in den deutschen Regierungskreisen diesen Zustand der Dinge genau kennt. Ein Satz in der Rede des Herrn Reichskanzlers vom 23. November hat mich besonders frappirt. Er sagte: „Rußland ist gewohnt, seine politischen Ziele in langsamen Stappen peu à peu zu erreichen und genau so,

wie es in der Erreichung seiner politischen Ziele sich Zeit läßt, ruhig den Moment abwartet, wo er ihm günstig scheint, — genau so verfährt es in seiner militärischen Entwicklung“. Ich stimme mit diesen Sätzen vollkommen überein. Obgleich Rußland augenblicklich sich ökonomisch in der denkbar traurigsten Lage befindet, ist es doch eine Thatsache, daß es trotz alledem die größten Mittel aufwendet, um einerseits die Armee auf den höchsten Stand der Entwicklung sowohl der Zahl wie der technischen Fähigkeit nach zu bringen. Aber es überstürzt sich nicht und faßt ruhig den Moment ins Auge, wo der große Generalsturm in Europa ausbricht, wo es zum Klappen kommt, und ein europäischer Krieg entsteht, wie die Welt etwas ähnliches noch nicht gesehen. Diesen Moment hält es ruhig im Auge und bereitet ihn nicht, indem es seine Eisenbahnen nach dem Westen sicher und stetig ausbaut, indem es alle verfügbaren Vorräthe nach dem Westen schafft, langsam aber stetig seine Armee nach den Westgrenzen schiebt, um im gegebenen Moment, wenn auch erst nach einer Reihe von Jahren, vollkommen der Situation gewachsen zu sein.

Ist die Situation so, meine Herren, dann ist es ganz unzweifelhaft, daß in einer solchen Lage — hierin stimme ich dem Herrn von Bennigsen vollkommen bei, — das nächste Mal Deutschland um jeden Preis eine Niederlage wird verhüten müssen, weil im Falle einer Niederlage nicht bloß seine Ostseeprovinzen, sondern neben Elsaß-Lothringen auch das linke Rheinufer für Deutschland verloren geht. Die Franzosen als Sieger werden sich nicht damit begnügen — die französische Bourgeoisie ist genau wie die deutsche heute in den politischen Verhältnissen ausschlaggebend — Elsaß-Lothringen zurückzunehmen, sie werden auch nach dem linken Rheinufer greifen, genau so wie Deutschland im Jahre 1870 unter dem Jubel der deutschen Bourgeoisie Elsaß-Lothringen wieder zurückgenommen hat. Das liegt in der Natur der heutigen Verhältnisse, das liegt in den Gegensätzen, die namentlich durch die Herrschaft der Bourgeoisie in allen Culturstaaten in immer steigendem Maße geschaffen werden; das liegt in der Eifersucht und dem Neid wegen der größten und besten Absatzwege, in dem Kampf um die Herrschaft auf dem Weltmarkt, was Alles dazu beiträgt, die Feindschaft zwischen den Nationen in Europa wach zu erhalten und uns in die Zustände hineingeführt hat, in denen wir uns gegenwärtig befinden.

Ist also die Situation so beschaffen, so ist es auch — und das begreife ich vom Standpunkte der Regierung — gerechtfertigt, wenn sie mit Anforderungen, wie sie in dieser Vorlage zum Ausdruck kommen, an den Reichstag herantritt.

Was soll diese Vorlage bezwecken? Die Vorlage soll in erster Linie bezwecken, daß der Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht, wie er seit lange in der Gesetzgebung Preußens, seit nach 1807, und später in der deutschen Verfassung Ausdruck gefunden hat, seiner Verwirklichung entgegengeführt werde.

Man sagt: durch die Annahme der Vorlage wird dieser Zweck, wenn auch nicht vollkommen, so doch in hohem Grade erreicht. Der Herr Reichskanzler hat am Samstag davon gesprochen, daß eine Million junger Leute im Falle eines Krieges hinter dem Ofen säßen, die keine Verpflichtung hätten, das Vaterland zu verteidigen. Nun,

wenn die Vorlage ihre Verwirklichung fände, würden von dieser Million auch ungefähr noch die Hälfte hinter dem Ofen bleiben. Eine vollständige Verwirklichung der allgemeinen Wehrpflicht, wie auch wir sie anstreben und für notwendig halten, ist mit dieser Vorlage nicht gegeben. Man mußte eben anerkennen, daß bei den materiellen Anforderungen, welche unsere gegenwärtigen militärischen Einrichtungen beanspruchen, man eine Forderung wie die volle Verwirklichung der allgemeinen Wehrpflicht nicht stellen kann. Man begnügte sich also, sie so zu stellen, wie sie uns vorliegt, das heißt, man glaubt, das Nothwendige, das Mögliche gefordert zu haben. Dieses Nothwendige, dieses Mögliche erfordert aber schon so große finanzielle Opfer, daß sie nach meiner Ueberzeugung weder gegenwärtig noch auf die Dauer gebracht werden können.

Was fordert die Vorlage finanziell im Zusammenhange mit dem gegenwärtigen Militäretat? Der gegenwärtige Etat, wie er uns vorliegt, erfordert im Ordinarium an regelmäßigen Ausgaben 428 Millionen, der Etat der Vorlage, wie er uns vorliegt, zunächst 564 000 000 Mark, in Summa 484½ Millionen; dazu kommen die einmaligen Ausgaben des Etats im Ordinarium und im Extraordinarium und daneben die einmaligen Ausgaben dieser Vorlage, so daß in Summa der Militäretat, wenn die Vorlage voll bewilligt würde, nicht weniger als 703½ Millionen Mark in Anspruch nähme. Und wenn wir die Marine mit dem ordentlichen und außerordentlichen Etat hinzurechnen, die Pensionen für die Armee und endlich wenigstens denjenigen Theil der Zinsen, soweit er für die Schulden bezahlt werden muß, die für Kriegsrüstungen zu machen waren, so kommen wir auf eine Gesamtausgabe von 889 Millionen, und wenn wir dazu noch die Ausgaben des Reichsinvalidenfonds rechnen, auf 913 Millionen. Meine Herren, daß das Ausgaben sind, die auf die Dauer die Nation nicht tragen kann, ohne sich schon in Friedenszeiten aufs Aeußerste zu verbluten, das sollte doch eigentlich auch den Herren am grünen Tisch und in der Militärverwaltung allmählig klar geworden sein. Also der Grundsatz, auf den sie besonders Gewicht legen, die Vorlage bezwecke die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, ist nicht ernsthaft zu nehmen, er ist in ihr nicht verwirklicht.

Nun ist aber die Nothwendigkeit der Verwirklichung der allgemeinen Wehrpflicht in der neuen Vorlage so außerordentlich scharf betont, und wenn wir diese scharfe Betonung in Zusammenhang bringen mit Aeußerungen, die wir von dem Herrn Reichskanzler über die früheren Pläne unter dem Kriegsminister von Werdy gehört haben, so steht so viel für mich fest, daß man zunächst mit dieser Vorlage als einer Abschlagszahlung kommt und später bei einer besseren Gelegenheit dazu übergehen will, das Ganze zu fordern, d. h. es sollen zu den Riesenforderungen, welche gegenwärtig gestellt werden, weitere Forderungen kommen, die nach meiner Berechnung noch einmal so hoch sind als die, die gegenwärtig verlangt werden. Denn wie stehen die Dinge? Nach der Vorlage, wie dieselbe uns vorliegt, sind künftighin statt circa 180 000 Mann 235 000 Mann Rekruten notwendig, und wenn dazu die Ersatzmannschaften gerechnet werden, — die Berechnung ist der Vorlage beigegeben — 248 000 bis 249 000 Mann für das Jahr 1893. Aber die Zahl der vollkommen Wehrfähigen beträgt nach

dieser Berechnung 307 000 Mann, so daß also immer noch nach Bewirklichung dieser Vorlage 57 bis 60 000 Mann pro Jahr übrig bleiben, die ausgebildet werden könnten, aber nicht ausgebildet werden, weil die Kosten hierfür aufzubringen auch nach der Anschauung der Militärverwaltung vorläufig nicht möglich ist.

Das ist zunächst das, was ich auf die Behauptung, daß mit dieser Vorlage die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht bezweckt sei, zu sagen habe. Sollte sie das wirklich bezwecken, es wäre ein verhängnisvoller Schritt, wenn es unter den gegenwärtigen Verhältnissen durchgeführt werden sollte.

Nun hat man weiter ein hohes Gewicht darauf gelegt, daß man sage: die Vorlage wird dazu beitragen, eine Gleichheit in der Ausübung der Dienstpflicht herbeizuführen. Meine Herren, auch das ist nicht wahr. Dieser Grundsatz wird noch viel weniger als der erst ange deutete durch die Vorlage verwirklicht werden. Auch nach der Vorlage wird es fernerhin Mannschaften geben, welche drei, zwei und ein Jahr dienen — die Ersatzreserve, die bisher bestand mit zwanzigwöchigen Übungen, soll ja künftig wegfallen — der Unterschied besteht also: es werden ungefähr 70 000 Mann in der Kavallerie und reitenden Artillerie auch fernerhin gezwungen werden, drei Jahre zu dienen, obgleich, wie wir aus den Mittheilungen des Herrn Abgeordneten Richter neulich gehört haben, selbst höhere Offiziere in verschiedener Weise sich dahin ausgesprochen haben, daß auch für die Spezialwaffen die zweijährige Dienstzeit ebenso gut wie für die übrigen Waffen durchzuführen sei. Die Militärverwaltung hält aber aus militärischen Gründen an der dreijährigen Dienstzeit für diese Waffen fest. Es wird also auch fernerhin innerhalb derjenigen Bevölkerungstheile, die drei und zwei Jahre zu dienen haben, an Mißstimmung nicht fehlen. Es wird überall der Versuch gemacht werden, sich zu drücken, daß man ja nicht zur Kavallerie oder zur reitenden Artillerie gesteckt wird, um der dreijährigen Dienstzeit zu entgehen.

Ferner soll auch das Privilegium, was die Einjährig-Freiwilligen bisher besessen haben, erhalten bleiben. Es bleibt nicht nur aufrecht erhalten in Bezug auf die Fußtruppen, es bleibt auch aufrecht erhalten in Bezug auf Kavallerie und reitende Artillerie. Der Einjährig-Privilegirte, der Sohn des privilegierten Bürgers, des wohlhabenden Mannes, kann schon heute unter allen Umständen, ob er in der Kavallerie, reitende Artillerie oder unter die Fußtruppen kommt, mit einem Jahre seine militärische Dienstzeit absolviren. Meine Herren, Sie mögen nun machen, was Sie wollen: den Klassengegenatz, der in dieser Art der Gesetzgebung liegt, und die Mißstimmung, die aus solcher Privilegierung der herrschenden Klassen hervorgeht, werden Sie nicht aus der Welt schaffen, sondern durch die jetzt zugestandene Veränderung der Dienstzeit auf zwei Jahre für einen großen Theil der Armee noch in höherem Grade hervorrufen. Ist es in der That möglich, daß unsere Einjährigen, die Söhne begüterter Eltern in der Lage sind, in einem Jahre in vollem Maße ihre Dienstpflicht zu erfüllen, ist es möglich, daß sie dann unter bestimmten Verhältnissen sogar erreichen können, Reservelieutenants zu werden, dann können Sie keinem Menschen, dem einfacheren Manne im Volke nicht klar machen, daß er, weil er das Unglück hat, als Sohn eines kleinen Bauern, eines kleinen

Handwerkers oder eines Arbeiters geboren zu sein, nunmehr die Verpflichtung auf sich nehmen soll, obgleich er sie am allerwenigsten tragen kann, zwei oder drei Jahre zu dienen.

Also dieser Klassen Gegensatz und diese Klassenprivilegierung bleibt bestehen. Darüber besteht aber auch keine Täuschung; wäre das Privilegium den Söhnen unserer besitzenden Klassen nicht gewährt, Sie würden nie eingewilligt haben in die dreijährige Dienstzeit.

(Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Ihren Söhnen würden Sie nie zugemuthet haben, was Sie den Söhnen des armen Mannes zumuthen und was Sie ihm immer mehr zumuthen durch die immer stärkere Heranziehung der Einzelnen.

Dann, meine Herren, haben wir seit elf Jahren in Deutschland die Organisation der Ersatzreserve gehabt, der Ersatzreserve, die nach ihrer Organisation bestimmt war, durch zwanzigwöchentliche Uebungen sich für den militärischen Dienst auszubilden. Nun erklärt man militärischerseits: durch zwanzigwöchentliche Uebungen, von denen 10 Wochen auf das eine Jahr und je fünf Wochen auf die nächsten Jahre vertheilt sind, kann ein Soldat nicht kriegsmäßig und kriegsbrauchbar ausgebildet werden. Dabei ist nun doch der Widerspruch vorhanden, daß ich aus der Broschüre eines Offiziers, der in weiteren Kreisen durch seine Veröffentlichungen bekannt geworden ist, des Hauptmanns a. D. Müller in Württemberg, Äußerungen habe, die bekunden, daß man in militärischen Kreisen, und zwar in Offizierskreisen, Meinungen über die Leistungen dieser Ersatzreservisten hat, die nur 10 Wochen gedrillt worden sind, die ganz anders lauten, wie jene, die sonst von militärischer Seite ausgesprochen werden. Müller sagt nämlich in einer seiner Broschüren, daß man allgemein unter den Offizieren seines Bataillons der Meinung war, was man allerdings öffentlich nicht zugeben wagte, wohl aber unter sich aussprach, „die Leistungen seien überall sehr gute und im Wesentlichen könne man die Compagnie mit zehn Wochen von einer Linientruppe nicht unterscheiden.“ Meine Herren, Sie sehen, daß hier ein Urtheil über die Ausbildungsfähigkeit der Leute schon innerhalb zehn Wochen gegeben wird, das schnurstraks alle dem entgegensteht, was Sie bisher von militärischer Seite über dieselbe Sache hörten. Kommt man doch auch endlich, nachdem man jahrelang gegenüber allen Anzuspungen über die zweijährige Dienstzeit erklärt hat: vom militärischen Gesichtspunkte aus sei dieselbe nicht annehmbar, jetzt dazu, sie selbst in Vorschlag zu bringen, weil man materiell dazu gezwungen ist. Das hindert aber nicht, daß man wieder fortgesetzt gegen alle Diejenigen eifert, die eine weitere erhebliche Herabsetzung der Dienstzeit fordern.

Nun ist der Haupttrumpf zu Gunsten dieser Vorlage, der gegenwärtig von Seiten des Reichskanzlers, und zwar zuerst bei der Staatsdebatte und in weiterer Folge durch die Redner aus dem Hause, soweit sie der Vorlage im Ganzen freundlich gegenüberstehen, geäußert wurde, die Vorlage sei hauptsächlich um deswillen eingebracht, um eine wesentliche Verjüngung der Armee herbeizuführen. Ich habe schon neulich, als meines Wissens zum ersten Mal dieser Gedanke in der ersten Lesung des Etats von Seiten des Reichskanzlers ausgesprochen wurde,

darauf hingewiesen, daß es sich hierbei nur um eine *captatio benevolentiae* *) handle. Man schiebt diesen Gedanken so nachdrücklich in den Vordergrund, um die Stimmung für die Vorlage zu gewinnen. Aber in Wahrheit kann nicht daran gedacht werden, daß, wenn der Ernstfall eintritt, auch nur ein Landwehrmann zurückbleiben kann.

Meine Herren, was hat der Reichskanzler am 16. Mai 1890 hierüber im Reichstage gesagt? Er äußerte damals:

Kommt der Zukunftskrieg, so kann kein wehrfähiger Mann zu Hause bleiben. Wir wollen also die Organisation so beschaffen, daß alle zum Waffendienst ausgehobenen Leute auch fähig sind, die Waffen auszunützen.

Denn, meine Herren, Sie sind gezwungen, den letzten wehrfähigen Mann im Falle eines Krieges sofort zur Fahne zu rufen, weil ja die feindlichen Nachbarstaaten jene Organisation ebenfalls bei sich eingeführt haben, und weil diese nicht anstehen werden, ihrerseits sofort die Mannschaften, bis zum letzten Mann ins Feld zu stellen. Es handelt sich um rasche Entscheidungen.

Wenn also die Sache jetzt so dargestellt wird, daß die Landwehr zunächst zu Hause bleiben könne, und man damit glaubt, nach außen hin einen besonders günstigen Erfolg zu erzielen, speziell bei den Landwehrfrauen, auf die sich neulich der Herr Reichskanzler so ganz besonders stützte

(Weiterkeit),

so irrt man sich. Schade, daß die Landwehrfrauen im Falle einer Auflösung des Reichstags, an die ich übrigens nicht glaube, kein Stimmrecht haben; er könnte es ja einmal probiren, wie weit er sich auf dieselben stützen kann.

(Weiterkeit.)

Ich würde bei einer Vorlage, die das Stimmrecht auch den Frauen gewähren will, ihn kräftigst unterstützen, selbst auf die Gefahr hin, daß wir zunächst eine Niederlage dabei zu erleiden hätten. Aber die Hoffnung, die man hegt, die Öffentlichkeit über die Bedeutung der Vorlage zu täuschen, indem man sagt, künftig werde die Möglichkeit bestehen, den Landwehrmann zurückzubehalten, man werde erst die jungen Leute ins Treffen schießen, — diese Hoffnung wird nicht eintreffen.

Die Verjüngung der Armee kann auch dann am wenigsten eintreten, wenn Sie nur in kleinen Portionen der Regierung entgegenkommen wollen, wie es nach den Aeußerungen der Herren von Suene und von Bennigsen der Fall zu sein scheint. Dann sind die Gründe, die Sie mit so viel Pathos und Begeisterung für die Verjüngung der Armee ins Feld führten, hinfällig. Selbst die ganze Vorlage fällt für die Verjüngung der Armee kaum ins Gewicht, wenn Deutschland schon in zwei, drei, vier oder höchstens fünf Jahren in einen europäischen Krieg verwickelt wird. Was wird dann der Unterschied sein? Dann werden Sie im allerhöchsten Falle 2- bis 300 000 Mann junge Leute mehr als gegenwärtig haben, die Sie ins Feld stellen können. Die kommen aber bei den Massen, die nach zwei Fronten ins Feld gestellt werden müssen, nicht sehr in Betracht. Kein Landwehrmann bleibt

*) *captatio benevolentiae* = Gunsterfleischung, Bitte um geneigtes Gehör.

bestwegen zutrifft. Weil Sie nun auch so großes Gewicht auf die Verjüngung der Armee legen, um die öffentliche Meinung für die Vorlage zu beeinflussen, lege ich umgekehrt so großen Nachdruck darauf, nachzuweisen, daß das nicht der Fall ist, daß Sie entweder sich täuschen, oder daß es gilt, nach außen einen Eindruck zu erwecken, der in der Wirklichkeit gar nicht begründet ist.

Meine Herren, wie ist denn im Jahre 1888 Deutschland zu seiner gegenwärtigen Militärorganisation gekommen? Wie kamen wir zur Wiedereinführung der Landwehr zweiten Aufgebots und zur Eintheilung des Landsturms in erstes und zweites Aufgebot? Weil in der Concurrenz mit Deutschland insbesondere die französische und auch die russische Armee ähnliche Organisationen ins Leben gerufen hatte, und weil man sich jetzt deutscherseits sagte, daß es mit der bisherigen Organisation nicht fortgehe, daß sie nicht ausreiche. Die einsimaligen Vortheile, die Deutschland in seiner Militärorganisation hatte, haben allmählig in vollständiger Erkenntniß der Nothwendigkeit und Wichtigkeit dieser organisatorischen Einrichtungen auch die übrigen Staaten veranlaßt, es Deutschland nachzuthun, und insofern hatte in der That Deutschland seinen Nachbarn gegenüber keinen Vorzug mehr. — Und da möchte ich auch hierbei darauf hinweisen, daß wenigstens in Frankreich — bei uns in Deutschland wäre das freilich unmöglich, aber es beweist doch, daß auch ein Civilist an Stelle eines Militärs Kriegsminister sein kann — daß die neue militärische Organisation Frankreichs, auf deren Vortrefflichkeit unsere Militärs beständig hinweisen, und die uns vielfach als nachahmenswerthes Muster hingestellt wurde, von einem Manne ausgeht, der in seinen jüngeren Jahren nie eine Platte getragen hat, dem Civilkriegsminister Freycinet. In Deutschland kann man sich allerdings so etwas nicht vorstellen, das ist richtig; der bloße Gedanke daran würde in unseren militärischen Kreisen eine förmliche Revolution erzeugen. Daß aber das in unserem Nachbarstaate möglich ist, daß Herr Freycinet es war, der mit seinem Freunde Gambetta, als die große kaiserliche französische Armee innerhalb fünf Wochen zu Boden geschmettert war, es fertig brachte, neue Armeen, sozusagen aus dem Boden zu stampfen und mit den neugeschaffenen Armeen dann noch fünf Monate lang den Krieg fortsetzen konnte, diese Thatsache ist eine solche, die auch unseren Militärs zu denken geben sollte und die beweist, daß auch Civilisten unter Umständen nicht nur sehr kluge Leute sein können, sondern es auch mit den Herren Militärs aufnehmen vermögen. Man sollte also nicht mit jener souveränen Geringschätzung, wie es bei uns Mode ist, auf die Reminisse der Civilisten und namentlich auch der Volksvertreter herabsehen. Meine Herren, wenn die Gesichtspunkte maßgebend sein sollten, die insbesondere auch in diesem Punkte am Samstag der Herr Reichskanzler entwickelt hat, dann brauchten wir nichts weiteres zu thun als einzupacken und nach Hause zu gehen und ihm die Sache zu überlassen.

(Sehr richtig! links.)

Er hat ja auch darauf angespielt, indem er sagte: wenn Sie mir die Verantwortung übertragen wollen, ich bin bereit, dieselbe zu übernehmen.

Meine Herren, wie fassen wir die gegenwärtige Lage auf? Wir sagen, die Politik der herrschenden Klassen, die Politik der Reichs-

regierung hat Deutschland in eine außerordentlich gefahrdrohende Lage gebracht, an der wir zunächst nichts zu ändern vermögen. Es gilt also, bei einem künftigen europäischen Zusammenstoß Deutschland in die Lage zu setzen, mit Ausbietung aller seiner Kräfte kämpfen zu können, wenn es als selbstständige Nation nicht aus der Reihe der europäischen Völker gestrichen werden will. Von diesem Standpunkte aus ist es also nothwendig, die militärische Organisation so zu gestalten, daß die gesammten Kräfte der Nation für die Vertheidigung des Landes herangezogen werden können. Das können Sie mit ihrer gegenwärtigen Vorlage nicht: einmal, weil, wie schon bewiesen, sie nicht durchführbar ist bei der gegenwärtigen militärischen Organisation namentlich in Bezug auf die Dienstzeit, dann aber auch insbesondere vom finanziellen Standpunkte aus.

Es haben bereits früher Redner bei verschiedenen Gelegenheiten mit vollem Nachdruck darauf hingewiesen, daß, wenn Deutschland in der Lage sein soll, in der Stunde der Gefahr mit den nöthigen Mitteln ausgerüstet zu sein, und auch im Stande sein soll, auf längere Zeit einen kriegerischen Zusammenstoß auszuhalten, die finanziellen Kräfte in Friedenszeiten nach Möglichkeit geschont werden müssen. Eine Schonung unserer finanziellen Kräfte ermöglicht aber das gegenwärtige Militärsystem ebenfalls nicht. Das ist nur möglich, wenn der Scharnhorst'sche Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht wirklich ausgeführt wird, und zwar, setze ich hinzu, auf derselben Basis, auf der allein ihn Scharnhorst seinerzeit hat durchführen können.

Was war denn der Scharnhorst'sche Gedanke? Er entstand aus den Niederlagen Preußens im Jahre 1807. Dieser Gedanke war aber nicht zum ersten Mal in Scharnhorst's Kopf entsprungen; er war schon vorhanden und wurde praktisch durchgeführt in jenem großen Befreiungskampfe, den die nordamerikanische Republik gegen das Mutterland, gegen die englischen Armeen gekämpft hatte. Dieser Gedanke wurde dann von französischen Offizieren, die auf nordamerikanischer Seite gekämpft hatten, aufgenommen und nach Frankreich getragen und in dem Moment, als nach einer siegreichen Revolution Frankreich als Republik genöthigt war, gegen die gesammten Armeen des alten Europas Front zu machen, durch Carnot, den Großonkel des jetzigen Präsidenten, zur Durchführung gebracht. Er bestand darin, daß alle waffenfähigen Mannschaften herangezogen wurden einzig und allein zu dem Zweck, Vaterlandsvertheidiger zu sein, daß sie mit Beseitigung alles Parademäßigen, alles Gamaschendienstes und alles Drills, der überflüssig war, rasch ausgebildet und ins Feld geführt wurden, wo sie die europäischen stehenden Heere ebenso aus dem Felde schlugen, wie später die preussischen Landwehren die französischen Armeen niederschlugen.

Meine Herren, die Durchführung dieser durch Scharnhorst in Preußen eingeführten Organisation ermöglichte in verhältnismäßig wenig Monaten die kriegstüchtigste Ausbildung der Mannschaften. Freie ich nicht, so waren zu jener Zeit drei Monate dafür ausreichend, die Leute auszubilden, zu entlassen, wieder neue Mannschaften einzuziehen und sie wieder auszubilden zu lassen. Das setzte Preußen in die Lage, die entscheidende Rolle in den Kriegen von 1813/15 zu führen, wie es sie geführt hat. Diese Militärorganisation war um so nothwendiger

als, wie Diejenigen, die die Geschichte jener Zeit kennen, wissen, Preußen durch den Friedensvertrag von Tilsit zugleich die Verpflichtung auferlegt erhielt, nachdem es bis westlich an die Elbe verkleinert worden war, nur 42 000 Mann unter Waffen haben zu dürfen. 42 000 Mann genügten unmöglich, den Befreiungskampf zu führen. Da war der Gedanke Scharnhorst's und dessen Durchführung eine Nothwendigkeit, und der hochkonservative Friedrich Wilhelm III. war gezwungen durch die Lage seines Landes, in der Hoffnung auf die einstmalige Wiederherstellung desselben und seiner Macht, auf diese ihm anfangs im höchsten Grade widerwärtigen Gedanken einzugehen. So kam es, daß einige Jahre nach dem Frieden von Tilsit der französische Gesandte in Berlin an Napoleon schreiben konnte: *Stre'*, nach dem Tilsiter Friedensvertrag hat Preußen zwar nur 42 000 Mann in Waffen, aber in jeder Uniform stecken drei Mann. Das war das Geheimniß, womit Preußen in der Lage war, die Kriege von 1813 bis 1815 erfolgreich zu führen. Freilich, meine Herren, nachdem die Siege geschlagen, nachdem Napoleon abgesetzt, Europa wieder zur Ruhe gebracht war, da haben die Berufssoldaten sofort sich daran gemacht und haben Alles aufgeboten, um den Scharnhorst'schen Gedanken nach Möglichkeit zu verballhornen, und sie haben ihn schließlich nur noch dem Namen nach in der militärischen Organisation zur Durchführung gebracht. Der Berufs солдат ist der natürliche Feind des Volks soldaten, und so lange der Berufs soldat entscheidet, werden wir auch über eine Berufs soldaten-Armee nicht hinauskommen, es sei denn, daß ähnliche Verhältnisse eintreten, wie sie 1807 eingetreten sind, wo alle die alten Vorurtheile mit einem Schläge hinweggesetzt wurden, und wo es dann gilt, die revolutionären Kräfte der Nation aufzubieten, um das zu leisten, was die Berufs soldaten nicht leisten konnten.

Hat nicht dasselbe, was Preußen 1807 und in den folgenden Jahren 1813 bis 1815 durchgemacht hat, auch Frankreich, wie ich schon ausführte, vor 20 Jahren durchgemacht? Nachdem die kaiserlichen Armeen vollständig zu Boden geworfen waren, nachdem kein Mensch daran glaubte, daß nach Sedan auch nur acht Tage lang Frankreich in der Lage sei, Widerstand zu leisten, da hatten es Gambetta und Freycinet dahin gebracht, daß noch volle fünf Monate lang Frankreich Widerstand leistete.

(Zuruf.)

— Sie rufen, das sei wahr, das müsse anerkannt werden. Aber ich will es hier mit Nachdruck hervorheben, weil es meinen Zwecken, meinen Plänen dient, die ich hier vertere. — Jawohl, Herr College Pring zu Carolath, ich habe hier das bekannte Buch des Herrn von der Goltz über Gambetta und seine Armee, das von Anfang bis zu Ende ein wahrer Panegyrikus auf Gambetta und bis zu einem gewissen Grade auch auf Freycinet ist, der jedoch darin nach meiner Meinung in ganz unbedenklicher Weise zurückgesetzt wird. Meine Herren, im Eingang zu diesem Buch spricht Herr von der Goltz denselben Gedanken aus, den 60 Jahre früher Gneisenau ausgesprochen hat. Wie Gneisenau im Jahre 1813 überrascht ausrief: *welch eine ungeheure Kraft liegt im Schooße einer Nation* —, so ruft 1877 Freiherr von der Goltz aus: *Gambetta hat uns ungeahnte Kräfte kennen gelehrt, von denen wir bis dahin keine Ahnung hatten. Er hat es fertig gebracht, innerhalb*

weniger Wochen eine Armee von 180,000 Mann aufzustellen, mit allem ausgerüstet, was nothwendig war, den Krieg zu führen, ausgerüstet namentlich mit einer Kavallerie, die zahlreicher als nothwendig war. Er hat ferner während vier Monaten jeden Tag 5000 Mann, d. h. **600,000** Mann, so zu sagen aus dem Boden gestampft und es damit fertig gebracht, den Krieg noch Monate lang zu halten. Und doch würden diese aus dem Boden gestampften Armeen, die zuvor keine größere Ausbildung genossen haben, noch ganz anderes geleistet haben, wenn diese Armeen andere Führer gehabt hätten. Man war aber hauptsächlich auf die alten berufsmäßig ausgebildeten napoleonischen Offiziere angewiesen. Und da ist es lehrreich, in dem vorliegenden Buch ausgesprochen zu finden, daß gerade sie Diejenigen gewesen sind, die am allerwenigsten in die neue Ordnung der Dinge gepaßt haben und die Niederlagen verschuldeten.

Wir haben auch schon einmal im Jahre 1890, als ich ebenfalls diese Dinge hier erwähnte, aus dem Munde unseres Collegen, des Freiherrn von Manteuffel, gehört, daß er mit großer Anerkennung von der Bedeutung der Gambetta'schen Armee, namentlich jener an der Loire, sprach. Es war am 20. Mai 1890, als er bemerkte, die Gambetta'sche Armee sei ein keineswegs zu unterschätzender Gegner gewesen, nur die Artillerie habe wenig getaugt und wäre mit Leichtigkeit überwunden worden, soweit nicht die Marineartillerie in Frage kam. Nun, dieses Lob, das Herr von Manteuffel der zusammenge-
rasserten Gambetta'schen Armee von 1871 zollte, steht in eigenthümlichem Widerspruch zu der Auffassung, die er hier am letzten Samstag vertreten hat, wo er auszuführen versuchte, daß die zweijährige Dienstzeit eine große Gefahr für die Tüchtigkeit der Armee enthalte, und daß er und seine Freunde sich nur sehr schwer dazu entschließen könnten, die zweijährige Dienstzeit zu bewilligen, und erst dann, wenn ihnen von Seiten der Regierung die allzuverlässlichsten Versicherungen gegeben würden, daß darunter die gegenwärtige Qualität nicht leide.

Nun, wir sind der Meinung, daß, was nach 1807 und in den folgenden Jahren Preußen, was 1870/71 Frankreich leistete, was in anderen Geschichtsperioden andere Völker auf demselben Gebiete in Zeiten des Kampfes um ihre Existenz geleistet haben, in Deutschland dauernd durchzuführen versucht werden muß, weil es einzig und allein diejenige Kraft und Sicherheit bietet, die wir verlangen müssen, um allen Kämpfen der Zukunft gegenüber ausreichend gerüstet zu sein. Meine Herren, Preußen hat im Jahre 1807 und in den folgenden Jahren durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, an der es prinzipiell mit Deutschland bis zum gegenwärtigen Moment festgehalten hat, es dahin gebracht, daß alle Staaten Europas ihrerseits gezwungen waren, in dieselbe Bahn einzulenten. Heute ist ein Unterschied zwischen den anderen Staaten Europas und Deutschlands nicht mehr vorhanden, ein qualitativer Unterschied existirt nicht mehr, sondern nur noch ein quantitativer. Auf diese letztere Frage will ich mich jedoch nicht des Weiteren einlassen. Will also Deutschland einen wirklichen Vorsprung vor den übrigen Staaten, insbesondere vor seinen künftigen Feinden haben, so bleibt nichts Anderes übrig, als daß es den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht in vollster Wirklichkeit zur Ausführung bringt, indem es die allgemeine Volkswehr, die Volks-

bewaffnung Hand in Hand mit der militärischen Jugenderziehung durchführt. Alles, was bisher auf diesem Gebiete in den entgegengesetzten Momenten der Geschichte der Völker geleistet worden ist, war nicht systematisch vorbereitet, wenn wir die Jahre 1807 bis 1813 in Bezug auf Preußen ausnehmen. Eine eigentliche systematische Durchbildung der gesamten wehrfähigen Massen für den Zweck der Landesverteidigung ist bisher noch in keinem Staate der Welt in dem Sinne durchgeführt worden, wie ich und meine Freunde dafür plädiren. Auch in der Schweiz, wo ein sogenanntes Milizsystem existirt, besteht die militärische Jugenderziehung nur ausnahmsweise und kommt für die Wehrhaftigkeit des Schweizer Volks im Ganzen nicht in Betracht. Und dennoch hat die Schweiz unter ihrem, nach meiner Ueberzeugung noch sehr unvollständigen Wehrsystem eine Wehrfähigkeit gewonnen, die unter Umständen, wenn es gerade in den Kram paßt, auch von unseren Autoritäten anerkannt wird.

Als in diesem Sommer anlässlich der Militärvorlage sehr lebhaft die Frage erörtert wurde, in welcher Weise Italien in der Lage sein möchte, bei Ausbruch eines Krieges seinerseits seine Hilfsmannschaften möglichst schnell zu den deutschen Truppen am Rhein stoßen zu lassen, und damals der Gedanke laut wurde, unter Umständen müßte Italien veranlaßt werden, den Durchbruch durch die Schweiz zu erzwingen, um auf kürzestem Wege an den Rhein zu kommen, wurde namentlich von offiziöser Seite in Deutschland einerseits auf das Gefährliche dieses Beginns hingewiesen, andererseits aber darauf, daß die Schweiz mit ihrer Wehrverfassung sehr wohl in der Lage sei, einem solchen Versuch, von welcher Seite er komme, in wirksamster Weise zu begegnen. Damals hieß es in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“:

Die Schweiz wird im Kriegsfall, da alle waffenbefähigten Männer vom 17. bis 50. Lebensjahre zu ihrem Landsturm gehören, mit dem „Auszuge“ und der Landwehr circa **208,000** Mann, in ihrem Landsturm aber circa **272,000** Mann, in Summa daher die ansehnliche Heeresmacht von **480,000** Mann in's Feld zu stellen vermögen.

Mit einer derartigen Streitmacht ist die Vertheidigungskraft der Schweizer in ihren heimatlichen Bergen, welche die Defensiv außerordentlich begünstigen, keineswegs gering zu schätzen, und ein Gegner, welcher die Schweiz etwa zum Schauplatz eines Theiles seiner Operationen zu benutzen gedächte, dürfte es sich zweimal überlegen, bevor er sich ein Land, welches zur Wahrung seiner Integrität und zur Vertheidigung seines Gebietes entschlossen ist, und welches über eine so achtungsgebietende Streitmacht, der überdies auch die offensive Operationsfähigkeit nicht abgeht, verfügt, zum Gegner machen würde.

Sie sehen also, meine Herren, daß, wenn es darauf ankommt, man bei uns ganz andere Anschauungen von dem sonst so verachteten Milizsystem hat, als sie in der Regel laut werden.

Nun bin ich der Letzte, der der Meinung ist, daß das gegenwärtige Schweizer Milizsystem dem entspreche, dem es entsprechen muß. Das ist durchaus nicht der Fall. Mir wird in der Schweiz viel zu

sehr Militärspielererei getrieben. Die ganze Art der Uniformirung ist eine so ungewöhnliche, wie sie nur gedacht werden kann. Der Schweizer Kavallerist — die Kavallerie spielt allerdings in der Schweiz nur eine untergeordnete Rolle — ist der schwerfälligste Soldat, den ich mir denken kann. Das sind aber alles Dinge, die mit dem System selbst in keinem Zusammenhang stehen und leicht und mit Vortheil geändert werden können. Es ist aber nothwendig, daß von der frühesten Jugend an die Kinder zu den militärischen Übungen herangezogen werden, daß ihnen schon im Turnunterricht der Schule alles dasjenige beigebracht wird, was jetzt erst im zwanzigsten und späteren Jahren bekannt wird.

Und da kann ich mich wieder auf den Generalleutnant von der Goltz beziehen, der bereits im Jahre 1877 in richtiger Erkenntniß der Zustände, in die wir gegenwärtig gerathen sind, in der nachdrücklichsten Weise in seinem Buch dafür eingetreten ist, daß es für Deutschland an der Zeit sei, den Gedanken der militärischen Jugendberziehung aufzunehmen und zur Durchführung zu bringen. Er hat weiter dem richtigen Gedanken Ausdruck gegeben, daß gerade in Deutschland selbst an den kleinsten Orten militärisch ausgebildete Kräfte vorhanden seien, die in der Lage wären, die militärische Jugendberziehung in volstem Maße auszuführen und damit Deutschland eine Wehrfähigkeit zu geben, wie sie keine andere Nation der Welt hat.

Meine Herren, was sehen wir denn in unserem Militärsystem vorgehen? Ich habe hier einen Bericht aus Bayreuth vom Herbst dieses Jahres von einem Einjährigen des 7. bayerischen Infanterie-Regiments. Dieser wurde mit 39 anderen Kameraden im vorigen Jahre eingezogen, und nun theilt er mit, daß bei einer parademäßigen Übung, die sie zu machen hatten, der die Führung habende Offizier, ein Lieutenant Sauter, ihnen sagte: es kommt mir gar nicht darauf an, daß Sie was lernen, sondern es kommt nur darauf an, daß Sie eine gute Figur machen und eine gute Vorstellung geben. Des weiteren erzählt der Bericht, daß in dem ganzen Jahr, wo der Berichtstatter dem Militär angehörte, seine Kompagnie nur sieben Feldbienstübungen hatte, und im ganzen Jahre nicht eine einzige Feldbienstübung im Regiment stattfand. Noch mehr: er erzählt ferner, daß der Oberst des Regiments verboten habe, Feld, das sich für Feldbienstübungen am besten eignete, zu betreten, weil das ein von den Offizieren des Regiments gepacktes Jagdrevier war.

(Weiterkeit.)

Meine Herren, da ist es kein Wunder, daß trotz langer Dienstzeit unter solchen Verhältnissen die militärische Ausbildung eine mangelhafte ist. Ähnliches wird auch in anderen militärischen Kreisen ausgesprochen. Ich habe hier wieder Äußerungen aus der vor einigen Jahren erschienenen und großes Aufsehen erregenden Broschüre: *Videant consules!* In dieser wird geradezu gesagt, der Gamaschen, der Paradebienst müsse in hohem Grade in unserer Armee eingeschränkt werden. Ähnliche Stimmen sind aus Süddeutschland laut geworden. Der „Schwäbische Merkur“, gewiß ein regierungsfeindliches Blatt, hat vor einigen Monaten sich in ähnlicher Richtung ausgesprochen und andere Zeitungen ebenfalls. Es ist bereits sehr weit verbreitet das Gefühl vorhanden, daß eine Menge sehr über-

flüssiger Uebungen, die mit der eigentlichen selbstmäßigen Ausbildung des Soldaten für den Krieg nichts zu thun haben, die Hauptsache bilden, und die eigentliche kriegsmäßige Ausbildung die Nebensache ist. Wäre es umgekehrt, es wäre schon gegenwärtig möglich, eine sehr bedeutende Reduzirung der Dienstzeit, selbst ohne die Durchführung der militärischen Jugendergziehung, herbeizuführen.

Aber, meine Herren, es sind nicht allein militärische und finanzielle Gründe, die Deutschland zwingen, auf die von mir hervorgehobene Art von militärischer Organisation und Ausbildung in höherem Grade als bisher die Aufmerksamkeit zu lenken; es ist auch die physische Entwicklung der Nation, die unter dem gegenwärtigen Industriesystem mehr und mehr verfällt und gehoben werden muß.

Wie verhalten sich im gegenwärtigen Augenblick die Aushebungen zur Armee aus dem Bauernstande und aus den Städten und Industrie-gegenenden? Diese Frage ist sehr wichtig. Hierfür habe ich eine kleine interessante Statistik zur Hand; aus derselben geht Folgendes hervor:

In einer rein ländlichen Gegend Nordwestdeutschlands kommen zur militärischen Vorstellung 1,2 Prozent; darunter sind 1 Prozent Waffentüchtige; in einem anderen, zweiten Bezirk ähnlicher Art stehen 1,1 Prozent Gestellungspflichtiger 1 Prozent Waffentüchtiger gegenüber; in einem dritten Bezirk, mit etwas städtischer Bevölkerung gemischt, kommen auf 1 Prozent Gestellungspflichtiger 0,8 Waffentüchtiger; in einem vierten mit überwiegend industrieller Bevölkerung kommen auf 0,91 Gestellungspflichtiger nur 0,31 Waffentüchtige. Mit anderen Worten: unter den gegenwärtigen Verhältnissen stellt sich die Thatfache heraus, daß die Landbevölkerung etwa $3\frac{1}{2}$ mal so viel Mann zur Armee stellen muß als die Industriebevölkerung, und dieser Zustand wird in dem Maße immer ungünstiger, wie unsere Bevölkerungsverhältnisse sich in der Art entwickeln, daß das Land immer mehr entvölkert wird, und die Städte und Industriebezirke immer mehr bevölkert werden.

Meine Herren, seit dem Jahre 1867 bis zum Jahre 1890 hat sich in Preußen die Bevölkerung auf dem Lande von $16\frac{1}{2}$ auf etwa 18 Millionen gesteigert, in den Städten von $7\frac{1}{2}$ auf $11\frac{1}{4}$ Millionen. Während die Städtebevölkerung innerhalb dieses Zeitraums um 58 Prozent gewachsen ist, ist die Landbevölkerung nur um 10 Prozent gewachsen und dabei müssen Sie festhalten, daß in der von mir angeführten Statistik noch 148 Gemeinden mit 5000 bis 40000 Einwohnern als ländliche Gemeinden gelten, während sie in Wahrheit ihrer ganzen Zusammensetzung nach Industriegemeinden sind. Wenn Sie das berücksichtigen, so steht fest, daß in dem Maße, wie unser heutiges Industriesystem sich mehr und mehr in der einmal angenommenen Richtung vervollständigt, auch damit die Zahl der militärisch tüchtigen Mannschaften immer mehr zurückgeht. Die Industriebevölkerung degenerirt, während die Landbevölkerung durch den Zufluß nach den Städten immer mehr an Zahl abnimmt und dann in den Städten und Industriebezirken ebenfalls immer schwächer und unbrauchbarer wird.

Das ist ein Moment, dem unsere Herren am Bundesrathstisch die höchste Aufmerksamkeit zuwenden sollten, daß sie besonders darauf hinweisen sollte, wie dringend nothwendig es ist, für eine gesunde physische Entwicklung der Nation zu sorgen, was heute gar nicht

geschieht. Es ist nothwendig, nicht nur gesunde Männer, sondern auch gesunde Frauen zu haben. Da Hunderttausende von Frauen in unseren Städten und in unserer Industriebevölkerung keine gesunden Kinder mehr zur Welt bringen können, macht die Degeneration der Bevölkerung progredirende Fortschritte.

Das, meine Herren, sind Momente, die wirkliche Staatsmänner in allererster Linie im Auge haben müßten; sie müßten dafür Sorge tragen, daß auf diesem Gebiete gründlich Wandel geschaffen würde, und das ist in erster Linie wieder nur möglich, wenn eine umfangreiche tiefeinschneidende Arbeiterschutzgesetzgebung geschaffen wird, wenn namentlich die Arbeitszeit aller Arbeiter wesentlich verkürzt wird, wenn die Maßnahmen zum Schutze der Frauen in viel höherem Grade eingeführt werden als gegenwärtig, wenn endlich neben der geistigen Ausbildung, die in unseren Schulen ja auch noch in höchst unvollkommenem Maße gefördert wird, zugleich die physische Ausbildung der Nation durch körperliche Uebungen der verschiedensten Art in höchstem Maße gehoben wird. Wir brauchen ein physisch-kraftiges Geschlecht nicht nur zur Fortentwicklung der Gesellschaft, sondern auch für die Wehrfähigkeit der Nation, um im gegebenen Falle den äußersten Anforderungen gerecht werden zu können und alle Hindernisse zu überwinden. Alle die von mir angeführten Momente dienen nach meiner Ueberzeugung nicht nur dazu, die Wehrfähigkeit Deutschlands auf die denkbar höchste Stufe der Vervollkommenung zu heben; sie setzen auch Deutschland in die Lage, diejenige materielle Opfersfähigkeit zu schaffen, die bei dem gegenwärtig herrschenden System, das fortgesetzt so gewaltige materielle Anstrengungen erfordert, ihm in den entscheidenden Augenblicken fehlt.

Wie in Bezug auf seine Bevölkerung Deutschland zu Frankreich steht, das hat bereits Herr Freiherr von Stumm vorhin angedeutet. Deutschland hat vor Frankreich einen Vorsprung von 12 Millionen Köpfen voraus. Die Vermehrung der deutschen Bevölkerung geht weit rascher vor sich als die der französischen, die in den meisten Departements stabil ist und in der letzten Volkszählungsperiode nur einen kleinen Zuwachs aufzuweisen hatte. Aber wenn wir gegenüber Frankreich einen Vorsprung haben, dann sind wir in Bezug auf die Volksvermehrung Rußlands doppelt im Nachtheil. Die russische Bevölkerung verhält sich zu der unsrigen wie 50 zu 90 Millionen, so weit das europäische Rußland in Frage kommt. Aber abgesehen von der fast doppelten Zahl der russischen Bevölkerung ist die Vermehrung derselben im Vergleich zu Deutschland, eine doppelt so starke. Rußland ist also ein Land, das bei der Art und Weise, wie es seine politischen Ziele zu verfolgen strebt, innerhalb zweier Jahrzehnte Deutschland in Bezug auf die Bevölkerung und in Bezug auf die Soldatenzahl sehr weit überlegen ist. Was haben wir dann Rußland gegenüber ins Feld zu führen? frage ich Sie. Nichts mehr, gar nichts mehr! Es bleibt also nichts Anderes übrig, als daß Sie zu diesem Reservoir von Kräften greifen, welches ich andeutete, und um so mehr, als das jetzige Reservoir von Kräften in der Land-, in der bäuerlichen Bevölkerung bei dem gegenwärtigen Stande der Entwicklung der Industrie und der städtischen Bevölkerung mehr und mehr abnimmt und ver kümmert. Ist es doch eine Thatsache, die niemand bestreiten wird —

und darin liegt ein Moment, daß sogar der heutige Militarismus wider seinen Willen revolutionirend wirkt — daß die Soldaten vom Lande, welche durch die zwei- oder dreijährige Dienstzeit in die Städte gelangten, dort Lebensanschauungen, Genüsse kennen lernten und eine Lebensweise annahmen, die sehr verschieden ist von derjenigen, die sie auf dem Lande gehabt hatten, so daß sie beim Austritt aus der Armee nicht auf das Land zurückkehren, sondern in den ihnen viel angenehmer erscheinenden Städten und Industriebezirken bleiben.

(Sehr richtig!)

Es nimmt so progressiv in denjenigen Schichten die Zahl ab, welche heute als das eigentliche Reservoir für die Armee gelten. Und gerade dieses Reservoir soll wieder durch die Ansprüche der gegenwärtigen Vorlage in ganz unverhältnißmäßigem Grade in Anspruch genommen werden.

Ich räume den Herren von der Rechten ohne Weiteres ein, wenn sie von ihrem Standpunkt als Agrarier ihre Bedenken gegen die Vorlage hervorheben, daß sie dazu die allgerECHTfERTIGSTE Ursache haben. In der That wird von den 65 000 Mann Rekruten, die mehr gefordert werden, nach den Verhältnißzahlen, die ich vorhin angab, mindestens 45 000 bis 50 000 das Land zu stellen haben; erst der Rest kommt auf die Industrie- und Städtebevölkerung. Also auch von diesem Standpunkt aus ist, wie mir scheint, ein ausschlaggebender Grund vorhanden, dazu angethan, um eine Wandlung der Dinge von Grund aus herbeizuführen.

Meine Herren, nehmen Sie sich ja in Acht, daß Sie nicht abermals neue Lasten der Nation auferlegen! Es ist in diesen Tagen eine Statistik durch die Presse gegangen, die, wie mir scheint, beweist, daß die Consumtionsfähigkeit und damit die Leistungsfähigkeit unseres Volks in bedeutendem Grade in der Abnahme begriffen ist. Ich habe schon früher einmal bei Gelegenheit der Erörterung der Getreidezölle Ihnen nachgewiesen, wie in einem verhältnißmäßig kurzen Zeitraum es dahin gekommen ist, daß die Pfundzahl von Getreide auf den Kopf der Bevölkerung pro Jahr im Vergleich gegen vor zehn Jahren ganz bedeutend abgenommen hat.

Nun, ich habe hier eine Verbrauchsstatistik der Stadt München, einer Stadt, in der die Momente, die ich bezüglich der Industrie- und Städtebevölkerung vorhin angeführt habe, — wer die Verhältnisse in München kennt, wird das nicht bestreiten, — noch nicht so zum Ausdruck kommen, wie das in anderen Großstädten, namentlich Norddeutschlands, der Fall ist. Und was ergibt diese Statistik? Daß in einem Zeitraum von nur zwei Jahren, von 1889 bis 1891, trotz der mittlerweile erheblich gestiegenen Bevölkerung die Zahl des geschlachteten Großviehs um 1800 Stück zurückgegangen ist. Die Zahl der geschlachteten Rälber ging um 14 000 Stück, der Fleischverbrauch im Ganzen ging per Kopf von 160 auf 158 Pfund zurück. Die Stückzahl des geschlachteten Geflügels sank von 992 000 auf 757 000; der Verbrauch von Eiern von 38 Millionen auf 36 Millionen Stück, der Verbrauch an Mehl pro Kopf von 232 Pfund auf 194 Pfund. Dagegen wurden Pferde statt 989 Stück im Jahre 1889 im Jahre 1891 1755 geschlachtet, — gewiß sehr charakteristisch! Weiter ging der Bierverbrauch von 524 Maaß auf 416 zurück. Ferner sanken erheblich die

Spareinlagen; auf der anderen Seite stiegen die Entnahmen aus den Sparkassen innerhalb dieser Zeit.

Meine Herren, das Bild, das uns die Stadt München innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren bietet, und das unleugbar beweist, daß der materielle Stand der Bevölkerung bedeutend im Rückgang begriffen ist, dürfte, wenn ähnliche statistische Unterlagen für Deutschland vorhanden wären, gewiß für alle übrigen Industrie- und städtischen Bezirke Deutschlands zutreffen. Wir haben auch bezüglich Berlins Zahlen kennen gelernt, wonach auch hier die Zahl des geschlachteten Viehs trotz der gestiegenen Bevölkerung seit Jahren zurückgegangen ist, also der Fleischverbrauch sich ermäßigt hat. Das sind alles Umstände, die meines Erachtens Sie zu der Erkenntniß führen müßten, daß es in der bisherigen Weise auf die Dauer ganz unmöglich fortgehen kann.

Sie kommen wieder mit neuen Steuervorlagen, mit einer Vermehrung der Biersteuer, einer Erhöhung der Branntweinsteuer, einer neuen Börsensteuer. Ueber die letztere will ich nicht reden, obgleich ich auch gegen sie stimme in Rücksicht auf den Zweck, der damit zu erreichen beabsichtigt ist. Aber was die Bier- und Branntweinsteuer betrifft, so ist kein Zweifel, daß das wieder Steuern sind, die in besonderem Maße auf den arbeitenden Klassen lasten werden und in einer Zeit des allgemeinen Nothstandes, wie wir ihn gegenwärtig haben, sie noch besonders und doppelt brücken. Ich meine, daß es sich für Sie sehr empfiehlt, zu überlegen, ob die Zeiten dazu angethan sind, abermals mit neuen Lasten an die Bevölkerung heranzutreten.

Es ist doch ein wunderbarer Widerspruch, in dem die Reichsregierung, in dem der ganze Reichstag sich bewegt, daß in einer Zeit allgemeiner Nothlage, in einer Zeit, in der Hunderttausende von Arbeitern brodlös sind, in einer Zeit, in der andere Hunderttausende im Verbiene herabgesetzt sind, in der der kleine Gewerbebestand in tiefter Noth sich befindet, der kleine Bauernstand in der ärgsten Nothlage ist, in der die Consumtionsfähigkeit des größten Theils der Nation zurückgeht — das beweisen die überfüllten Waarenlager; daß beweist die industrielle Krise, die wir nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Culturwelt haben —, daß, sage ich, in einer solchen Zeit statt mit allem Ernst darüber nachzudenken: wie schaffen wir Brod, wie schaffen wir Arbeit, wie treten wir der Noth entgegen? — Sie gar nichts Anderes zu thun wissen, als von neuem zu berathen: wie vermehren wir noch die Lasten, die dem Volke so schon auferlegt sind?! Das ist der denkbar stärkste Widerspruch zwischen dem thatsächlichen Stande der Dinge und der Theorie, die Sie vertreten. In den weitesten Kreisen der Bevölkerung, und zwar nicht bloß in den Arbeiterkreisen, nein, in fast allen Schichten herrscht die allergrößte, stets wachsende Unzufriedenheit, herrscht ein Maß von Verbitterung, das Sie nicht noch mehr steigern sollten. Das könnte sehr bedenklich werden.

Welch ein Widerspruch, der ferner darin liegt, daß in einer Zeit der tiefgehendsten gewerblichen Depression, in einer Zeit der allgemeinen Nothlage, wo Hunderttausende nicht wissen, wo sie für den nächsten Tag das nöthige Brod, die nöthige Kleidung für sich und die Ihrigen hernehmen sollen, Sie nicht bloß mit einer solchen Vorlage

kommen, sondern zu gleicher Zeit auch der Staat, um dem Militär-
moloch den Rachen füllen zu können, ängstlich überall spart, damit nur
ja die nöthigen Millionen zusammenkommen, um für den Militäretat
vorhanden zu sein.

Wir sehen z. B., wie in Preußen der Eisenbahnminister an allen
Ecken und Enden sparen läßt, wie er die Löhne der Arbeiter verkürzt,
wie er anordnet, nur um die Zahl einiger Diätare in den großen
Eisenbahnwerkstätten sparen zu können, daß die Löhne statt vierzehn-
tägig künftig nur monatlich gezahlt werden, zum größten Nachtheil der
Arbeiter, wie er ferner anordnet, daß den Eisenbahnkondukteuren und
Schaffnern die Pelzmäntel und Pelzstiefeln genommen werden, die sie
bisher gekostet bekamen und jetzt sich selbst beschaffen sollen, wie man
für die Schullehrer nur ein paar lumpige Millionen übrig hat, für
die sie sich schon seit Jahrzehnten an das Hungern gewöhnen mußten.

Kurz, überall, wohin wir sehen, verkehrte Wirthschaft. Statt daß
der Eisenbahnminister die 200 Millionen Credite, die ihm für Eisen-
bahnbauten zur Verfügung stehen, aufnimmt, um Eisenbahnbauten zu
veranlassen und Arbeit zu schaffen, behält er die Credite in der Tasche,
damit nur nicht neue Zinsenausgaben durch Aufnahme dieser Anleihen
dem Staat erwachsen. Und so ist es auf allen Gebieten. Bei solchen
Klassenben, trassen Widersprüchen, wie sie bei den vorhandenen Volks-
bedürfnissen, bei der allgemeinen Volksnoth auf der einen Seite und
dem Bedürfnis der Militärverwaltung auf der anderen Seite vor-
handen sind, glauben Sie, daß da das Volk ruhigen Mutes die Be-
willigung von Vorlagen, wie die gegenwärtige eine ist, ansehen wird?
Nein, meine Herren, nehmen Sie diese Vorlage in irgend einer Gestalt
an, so werden Sie nur einer Partei in die Hände arbeiten, der
unsrigen.

Wir erklären uns aus all den Gründen, die ich angeführt habe,
auf das Entschiedenste gegen diese Vorlage.

(Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Im Verlag von **Börlein & Comp.**, Nürnberg,
Weizenstraße 12, sind erschienen:

Bibliothek politischer Reden.

Eine Sammlung interessanter parlamentarischer und außerparlamentarischer Reden hervorragender Staatsmänner und Politiker des 18. und 19. Jahrhunderts, Vertheidigungsreden in Prozessen u.

Erscheint in zwanglosen Hefen à 10 Pfg.

Der erste Band, 11 Hefte, ist erschienen.

Preis gebunden 1 Mk. 50 Pf.

Dieses Buch sollte in keiner Bibliothek eines
Arbeitervereins fehlen.

Die wahrhaftige Lebensgeschichte des Josua Davidsohn.

(Ein sozialistischer Roman.)

Aus dem Englischen von **Katalie Liesknecht.**

Preis 80 Pfg.

Der sozialdemokratische Staat.

Grundzüge einer muthmaßlichen ersten Form
sozialdemokratischer Gesellschaftsverfassung

nebst
einleitender Schilderung des bestehenden Systems.

Von **Oswald Köhler.**

Mit zwei graphischen Darstellungen.

Das ganze Buch, welches 14 Bogen umfaßt, kostet broschirt 1 Mk. 20 Pfg., gebunden 1 Mk. 60 Pfg.

Um die Anschaffung zu erleichtern, haben wir auch eine Heftausgabe des Werks veranstaltet. Dieselbe ist in 6 Lieferungen à 20 Pfennig erschienen.

Robert Blum und seine Zeit

von
Wilhelm Liebknecht.
6 Hefte à 25 S. Gebunden M. 2.—.

Zur Lage der arbeitenden Klasse in Bayern.

Von Dr. Bruno Schwenkank.

Preis 25 Pfg.

Die Bestrebungen der Socialdemokratie

beleuchtet

vom Irersinn Eugen Richters.

Von Kurt Halk (Bruno Geiser).

2. Auflage.

Preis 25 Pfg.

Johannes Buß

von

Georg Lommel.

7. Auflage.

Preis 25 Pfennig.

Jesus von Nazareth.

Historische Studie von Georg Lommel.

15. Auflage.

Preis 80 Pfennig.

Entwürfe

über das tragische Lebensende

Ferdinand Lassalle's

und seine Beziehungen zu Helene von Königs.

Von Bernhard Beder.

Neue Bearbeitung.

Es geht gebunden M. 2.—, broschürt M. 1.50 oder 6 Hefte
à 25 Pfg.

Die Emser Depesche

oder:

Wie Kriege gemacht werden.

Von W. Liebknecht.

Dritte bedeutend vermehrte Auflage.

—+— Preis 30 Pfg. —+—

Deutscher Handwerker- & Arbeiter-Notizkalender pro 1894.

(Notizbuch und Gesetzesammlung mit Kalendarium etc.)

Preis: Briefkastenförmig gebunden 75 Pfg.

„ der gewöhnlichen Ausgabe 50 „

Ueber Staatssozialismus.

Von G. von Vollmar.

Preis 20 Pfg.

Sternziele.

Eine festliche Ansprache.

Von Fritz Junert.

Preis 5 Pfg.

Durch die Verlagsbuchhandlung von **Börlein & Comp.**
in Nürnberg, Weizenstraße, ist zu beziehen:

Welterschöpfung und Weltuntergang.

Die Entwicklung von Himmel und Erde

auf Grund der Naturwissenschaften populär dargestellt
von **Oswald Köhler.**

Zweite berichtigte und erweiterte Auflage. Mit 64 Abbildungen
und 2 Sternkarten. Alphabetisches Inhaltsverzeichnis. XVI und
464 Seiten. Verlag von J. F. W. Diez in Stuttgart. 1890.
Preis broschirt M. 2.—, geb. M. 2.50, in 15 Heften à 20 S.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Denth-Straße 2.

Soeben erschien:

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Berlin vom 14. bis 21. November 1892.

ca. 20 Bogen Oktav. Elegant broschürt.

— **Preis 50 Pfennig.** —

Die Verhandlungen des Berliner Parteitages erheben wegen ihrer praktischen Bedeutung den Anspruch des lebendigsten Interesses seitens aller Parteigenossen. Die auf demselben zur Sprache gekommenen Verwaltungs-Angelegenheiten und sonstigen Geschäfte der Partei, die strenge vom Standpunkte unserer Prinzipien aus geübte Kritik und Selbstkritik, haben bewiesen, daß wir, ohne uns zu schaden, alle unsere Verhältnisse vor der Öffentlichkeit besprechen können. **Die Kenntniß der Verhandlungen nach dem stenographischen Bericht ist jedem Parteigenossen nothwendig.**

In Rücksicht darauf und auf den hohen agitat-**torischen Werth** und die dadurch wünschenswerthe Massen-Verbreitung haben wir den überaus billigen Verkaufspreis auf **50 Pf. bei sorgfältiger, geschmackvoller Ausstattung** festgesetzt.